

[In: Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Informationen des Fritz Bauer Instituts 29 (Herbst 2006), S. 19-23. – Eine gekürzte Fassung erschien in: Frankfurter Rundschau Nr. 231 vom 5. Oktober 2006 u.d.T. „Unerbittlicher Aufklärer“]

Hermann Brill und die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte

von Dietfrid Krause-Vilmar

Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte im Jahr 1950 hatte eine mehr als dreijährige Vorgeschichte, in der nicht nur erbitterte Kontroversen zwischen Wissenschaft und Politik geführt wurden¹, sondern zeitweise das ganze Unternehmen gefährdet schien. Die Gründung wurde seit dem Jahr 1947 vom Länderrat in der Amerikanischen Zone, dem Bayern, Hessen, Bremen und Württemberg-Baden angehört, eingeleitet. Bekannt ist, dass ein komplizierter politischer Prozess erforderlich war, an dessen vorläufigem Endpunkt der Bund und Bayern die Gründung am 11. September 1950 vollzogen. Als gesichert kann gelten, dass der erste Geschäftsführer und Direktor des Instituts, der bayrische Landtagsabgeordnete (CSU) Dr. Gerhard Kroll, große Verdienste am Aufbau des Instituts und damit auch am Gelingen der Gründung hatte². Überhaupt hatte die Bayrische Landesregierung unter Ministerpräsident Ehard dadurch, dass sie die vorläufige Einrichtung über Jahre bis zur Gründung am Leben hielt, großen Anteil am Erfolg.

Weniger bekannt ist bislang die herausragende Rolle Dr. Hermann Brills bei der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte. Brill war in jenen Jahren als Staatssekretär in der Hessischen Staatskanzlei Mitglied des Kuratoriums der Stiftung für die Gründung eines „Institutes zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik“. Es ist m. E. zu bezweifeln, ob die Gründung im Jahre 1950 ohne die anhaltende und tatkräftige Unterstützung Brills und ohne sein unermüdliches Drängen zustande gekommen wäre. Über diesen institutsgeschichtlichen Aspekt hinaus sind auch die Motive und konzeptionellen Vorstellungen Hermann Brills für das zu gründende Institut aufschlussreich: Das ihnen zugrunde liegende Programm zielte auf eine Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und allgemeiner historischer Bildung.

Bislang noch nicht einbezogene Akten im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden geben über Brills Aktivitäten Auskunft³ und bilden die Grundlage unserer Darstellung.⁴

¹ Auerbach, Hellmuth, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 18 (1970), 529-554. – Schulze, Winfried, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. Beihefte (NF). Herausgegeben von L. Gall. Band 10. München 1989, 229-242.

² Auerbach spricht (S. 554) vom „ausschließlichen Verdienst“ Krolls daran, dass das Institut bereits vor der offiziellen Gründung im September 1950 anliefe; dieser habe in der Gründung „eine missionarische Aufgabe“ gesehen, die er „als politischer Mensch und durchaus cum ira et studio anpackte“ [...].

³ Es ist anzunehmen, dass sich ergänzende Dokumente auch zur Gründung des IfZ im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung und im Bundesarchiv befinden, die für eine längst fällige Biographie Hermann Brills einzubeziehen wären (den Rahmen dieses Beitrages jedoch sprengen würden).

Louis Hermann Brill wurde 1895 in Thüringen geboren, legte 1914 sein Volksschullehrerexamen ab, meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst⁵ und kämpfte an verschiedenen Fronten des Krieges bis 1918. Am 3. Oktober 1918 trat er in die USPD ein, wurde als Abgeordneter 1920 in den Thüringischen Landtag gewählt und war Minister ohne Portefeuille in der „Arbeiterregierung“ (1921-1923). Nach der Wiedervereinigung der USPD mit der SPD (1922) war Brill Mitglied der SPD. 1929 beendete er ein Jurastudium mit dem Dr. jur. an der Universität Jena. 1932 war er Mitglied des Reichstags. 1934 wurde er aus all seinen Ämtern aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen, 1939 zu 12 Jahren Haft wegen „Vorbereitung des Hochverrats“ verurteilt, von 1943-1945 war er im Konzentrationslager Buchenwald, Mitverfasser des „Buchenwalder Manifestes“ (1945). Bis Thüringen an die SBZ übergeben wurde, war er (der erste) Ministerpräsident Thüringens. Brill ging nach Wiesbaden und wurde 1946 von der Militärregierung zum Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei ernannt. Brill arbeitete im Herrenchiemseer Verfassungskonvent (1948) mit und wurde 1949 in den Deutschen Bundestag gewählt (bis 1953). Er war Honorarprofessor an der Universität Frankfurt (Ende April 1948) und nahm verschiedene Lehraufträge (Akademie der Arbeit, Verwaltungshochschule Speyer) wahr. Brill starb am 22. Juni 1959 in Wiesbaden.

Als Brill im Oktober 1947 in das Kuratorium der gerade von den vier Ländern gegründeten Stiftung⁶ für das Institut eintrat, war mit ihm eine Persönlichkeit gewonnen, für die der Kampf gegen den Nationalsozialismus vor und nach 1933 aufs engste mit seiner politischen Lebensgeschichte verbunden war; in Thüringen ab 1930 gegen die NS-Regierung Frick, ab 1933 gegen die Hitler-Regierung. Brill hatte der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ angehört. Zudem hatte er zwei Jahre Haft im Konzentrationslager Buchenwald zu überstehen gehabt.

Im Kuratorium hatte im ersten Jahr auf Vorschlag von Brill der bayrische Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer den Vorsitz übernommen. Abgesehen von der Benennung der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats lassen sich jedoch besondere Aktivitäten des Kuratoriums bis zum Jahresende 1948 nicht erkennen.⁷ Sicher ist, dass im Zuge der Währungsreform die finanziellen Möglichkeiten für die zu schaffende Stiftung erheblich eingeschränkt waren.

Die Initiative zur Wiederaufnahme der Aktivitäten ging im August 1948 von Brill aus. In einem Brief an Pfeiffer vom 7./9. 8. 1948 zeigt Brill zunächst Verständnis für Personen, die „zur Sicherung von Währung und Finanzen“ meinte, alle nicht unbedingt notwendigen

⁴ HHStAW: Abt. 502 Nr. 3976: Der Hess. Ministerpräsident. Staatskanzlei. Deutsches Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus – Allgemein; Nr. 3977: Dt. Inst. z. Erforschung des Ns. – Sitzung des Kuratoriums; Nr. 3978: Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik. Vom April 1949; Nr. 3979: Deutsches Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus. – Haushaltsplan. – Den Hinweis auf diesen Aktenbestand danke ich Herrn Dr. Helfer (HHStAW). – Diese Akten wurden von John Gimbel nur z.T. in seine Darstellung einbezogen. Gimbel, John: The Origins of the Institut für Zeitgeschichte: Scholarship, Politics and the American Occupation 1945-1949. In: The American Historical Review 70 (1964), 714-731.

⁵ Gripenburg, Rüdiger, Hermann Louis Brill: Herrenchiemseer Tagebuch 1948. In: VfZ 34 (1986), 585-622. – Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie: www.fes.de/archiv/1abt/brill-h.htm.

⁶ Auerbach, Hellmuth: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 534: „Am 7. Oktober 1947 wurde die Stiftungsurkunde für das Institut von den Ministerpräsidenten von Bayern (Ehard), Hessen (Stock), Württemberg-Baden (Maier) und dem Senatspräsidenten von Bremen (Kaisen) unterzeichnet.“

⁷ Die erste Sitzung des Kuratoriums fand am 16./17. 10.1947, die zweite am 25. 11. 1947; die dritte am 27. 2. 1949 – mithin erst 15 Monate später! - statt. Auf der zweiten Sitzung des Kuratoriums am 25.11. 1947 waren neun Mitglieder für den Wissenschaftlichen Beirat vorgeschlagen worden: Prof. Dr. Bergsträßer, Prof. Dr. Goetz, Prof. Dr. Theodor Heuß, Prof. Dr. Kaufmann, Dr. Eugen Kogon, Prof. Dr. Gerhard Ritter, Prof. Dr. Schnabel, Prof. Dr. Anna Siemsen, Dr. Speidel, Prof. Dr. Spindler. - Der Wissenschaftliche Beirat wurde erst im Februar 1949 einberufen.

Staatsaufgaben zurückstellen zu müssen. Leider verberge sich dahinter oft nicht mehr als die Aufrechterhaltung des „Apparates“. Brill hierzu in der für ihn typischen Deutlichkeit: „Die Errichtung des Instituts zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus ist eine der Staatsaufgaben, die, wenn sie nicht erfüllt werden, den Sinn des ganzen Staatsapparates in Frage stellen. Unter diesen Umständen behaupten, dass noch nicht einmal die Reisekosten für eine Zusammenkunft des Wissenschaftlichen Rates vorhanden seien, heißt, den demokratischen Staatsaufbau in Deutschland aufs äußerste gefährden“.⁸ Brill hielt es für „notwendig, alsbald unverzüglich die Existenz dieses Instituts auf Länderratsbasis erneut zu besprechen, um eine neue finanzielle Grundlage zu schaffen“.⁹ Auch solle man nicht weiter zuwarten, sondern sofort einen Beamten mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines wissenschaftlichen Direktors beauftragen. Diese Vorschläge Brills wurden in der Folgezeit vom Kuratorium umgesetzt. Die nächste Sitzung des Kuratoriums stand ganz im Zeichen des engagierten Berichtes von Brill, in dem konkrete nächste Schritte klar entworfen wurden: die Ministerpräsidenten der Amerikanischen Zone seien erneut für die Haushaltsplanung anzusprechen und die Regierungschefs der Britischen und Französischen Zone sollen ersucht werden, sich an der Stiftung zu beteiligen. Im Protokoll heißt es: „Dr. Brill habe diese Situation als außerordentlich prekär empfunden und sei der Ansicht, dass die Aufgaben des Instituts angesichts der Entwicklung der politischen Lage in Deutschland keinen Verzug dulden. Es müsse in irgendeiner Form mit der Arbeit begonnen und trotz aller finanziellen Schwierigkeiten nach einem Weg zur Verwirklichung des Instituts gesucht werden“.¹⁰ Pfeiffer dankte ausdrücklich Brill dafür, „dass er die Sache, die größte geistesgeschichtliche und politische Bedeutung habe, so beharrlich verfolgt habe.“¹¹

Auf Initiative von Brill wurde ab Dezember 1948 die Erweiterung der Stiftung auf die Länder der Trizone vorgeschlagen und auch vorbereitet.¹²

Als dann im Jahre 1949 der Gründungsprozess an Fahrt gewann, sah sich Brill, der mit Jahresbeginn den Vorsitz im Kuratorium übernommen hatte, verhaltenen und offenen Bedenken und Widerständen gegenüber – und nahm die Auseinandersetzung an. Auf der 3. Sitzung des Kuratoriums am 27. 2. 1949 thematisierte er die Haltung der Staatsarchive, die in der Gründung des Instituts eine „Störung“ sahen, da es doch ihre Aufgabe sei, das historische Material zu sammeln und auszuwerten. Wieder mahnte er eindringlich die Regierungsvertreter der Mit-

⁸ HHStAW 502/3976. Hermann Brill an Staatsminister Pfeiffer vom 7. August 1948.

⁹ Ebenda..

¹⁰ HHStAW 502/3977. Protokoll über eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Kuratoriums zur Erforschung der Geschichte der nationalsozialistischen Politik am 8. 12. 1948 in Bonn.

¹¹ Ebenda.

¹² HHStAW 502/3976. Hermann Brill: Memorandum betreffend das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik vom 12. 4.1949, 4.

Mitgründer-Länder: „Man sei nun fast zwei Jahre mit dieser Aufgabe befasst und kostbare Zeit sei unnütz verstrichen. Eine wirksame Aufklärung des Volkes habe nicht stattgefunden. Die Gleichgültigkeit und Abneigung gegen diese Aufklärung sei außerordentlich. Der Antisemitismus sei im Wachsen. Es müsse daher praktisch gehandelt werden.“¹³ Am darauf folgenden Tag trat erstmals der Wissenschaftliche Rat, und zwar gemeinsam mit dem Kuratorium, zusammen. Dr. Eugen Kogon und Frau Prof. Dr. Anna Siemsen hatten sich entschuldigt – damit fehlten zwei herausragende Vertreter des politischen Widerstands bzw. der Verfolgung.¹⁴ Brill hob einleitend die Bedeutung der satzungsmäßig vorgesehenen „Unterrichtung der Öffentlichkeit“ hervor: „Man wolle vielleicht verschiedene Typen von Publikationen in einzelnen Serien herausbringen. Die Leistung dieser Arbeit sei eine absolute politische Notwendigkeit zur Unterrichtung des deutschen Volkes über die einfachsten Tatsachen, die leider zum großen Teil bis heute unbekannt seien.“¹⁵ Der Freiburger Historiker Gerhard Ritter trat Brill mit der Forderung entgegen, „dass die Aufgaben in einer Form durchzuführen seien, die nichts als die unabhängige Erforschung der Wahrheit wolle und nicht unter politischem Druck erscheine.“¹⁶

Neben den Staatsarchiven und Ritter, der als Fachhistoriker sprach, tat sich eine dritte „Front“ in Gestalt der Finanzminister auf. Unter dem Vorsitz des Hessischen Finanzministers Werner Hilpert hatte der Finanzausschuss des Länderrats der Amerikanischen Zone am 15. 3. 1949 in Königstein getagt und beschlossen, „eine Finanzierung des Instituts auf Länderbasis abzulehnen und diese dem Sitzland anheim zustellen.“¹⁷ Am 9./13. April 1949 wandte sich Brill an Hilpert als dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des Länderrats, verwies auf seine Denkschrift¹⁸ und versuchte zu verdeutlichen, „dass sowohl der Süddeutsche Länderrat wie der Länderrat der Bizone wie die Konferenz der Ministerpräsidenten sich mit dieser in beinahe sträflicherweise vernachlässigten Frage werden beschäftigen müssen.“¹⁹

Auf der 4. Sitzung des Kuratoriums am 30. Mai 1949 nahmen bereits Dr. Clemens von Brentano als Vertreter der Französischen und Dr. Dankwerts als Vertreter der Britischen Zone an

¹³ HHStAW 502/3977. Protokoll über die 3. Sitzung des Kuratoriums des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik in der Bayrischen Staatskanzlei am 27. 2. 1949.

¹⁴ Es ist zu vermuten, dass diese beiden Vertreter von Brill vorgeschlagen worden waren: Anna Siemsen war wie Brill im Rahmen der Thüringer großen Koalitionsregierung aus SPD, KPD und USPD(1921-1923) tätig. Eugen Kogon war wie Brill Gefangener im Konzentrationslager Buchenwald gewesen.

¹⁵ HHStAW 502/3977. Protokoll über die 3. Sitzung des Kuratoriums des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik in der Bayrischen Staatskanzlei am 27. 2. 1949.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ HHStAW 502/3979: Hessischer Minister der Finanzen an Ministerpräsidenten in Wiesbaden vom 2.2.1949.

¹⁸ HHStAW 502/3976: „Memorandum betreffend das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik“ Brill hatte inzwischen auf mit der Maschine eng beschriebenen vier Seiten dieses Memorandum verfasst, in dem die Geschichte der bisherigen Gründungsaktivitäten zusammenfassend dargestellt wird.

¹⁹ HHStAW 502/3977: Brill an Hess. Minister der Finanzen vom 9./13.4.1949.

den Beratungen teil. Brill „bezeichnete es als merkwürdig, dass man bei dem Königsteiner Abkommen vom 15. 3. 1949 über die Erhaltung wissenschaftlicher Institute der 11 Länder das Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik herausgelassen habe, während man andere Institute, über deren Bedeutung man verschiedener Ansicht sein könne, aufgenommen habe.“²⁰ Dr. Kroll, der Ende März 1949 vom Kuratorium als geschäftsführender Direktor eingesetzt worden war, berichtete, „dass von Seiten des Bayrischen Staates Räume zur Verfügung gestellt wurden. Da mit der Arbeit sofort begonnen werden müsse, habe er einen kleinen Organisationsstab ins Leben gerufen und die Bergung der Dokumente begonnen, obwohl sich unendliche Schwierigkeiten in den Weg legten.“²¹

Auf dieser Sitzung legte Brill seine inhaltliche Konzeption dar. Die Forschungen des Instituts dürften nicht „zur Entschuldigung derer führen, die alles mitgemacht haben. Sie dürfe keine politische Propaganda darstellen [...]“²². In dreierlei Hinsicht sollten Veröffentlichungen erfolgen:

- „1. Wissenschaftlich fundierte Arbeiten, die akademischen Rang haben. Für diese soll lediglich das Material bereit gestellt werden.
2. Publikationen für den wissenschaftlich interessierten Laien, etwa 100 bis 120 Seiten, über wichtige Einzelthemen.
3. Eine Art Flugschriften von etwa 24 bis 36 Seiten, zu denen wir die Anregung geben und die von großen Organisationen, z.B. Gewerkschaften, übernommen und vertrieben werden sollen.“²³

Dass die Finanzprobleme überstark im Vordergrund standen, wird neben den Äußerungen Brills („Es herrsche immer noch die Einstellung: die Republik darf nichts kosten, die Diktatur kann viel kosten“) auch aus derjenigen des Badischen Vertreters, von Brentano, deutlich: „Die Aufgabe sei politisch und moralisch so wichtig, dass wir in finanzieller Hinsicht nicht so eng sein dürfen. Es dürfe auf 100.000 DM mehr oder weniger nicht ankommen.“²⁴

Am 13. Mai 1949 trug Brill im Auftrag des Kuratoriums auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vor und reichte den Regierungschefs am 17. Juni den Entwurf eines neuen geeigneten Staatsvertrages ein.²⁵ „[...] auch im Interesse einer Abwehr gegen Veröffentlichungen ehemaliger am Dritten Reich maßgeblich beteiligter Personen, die diese zu ihrer Ent-

²⁰ HHStAW 502/3977: Protokoll über die 4. Sitzung des Kuratoriums des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik am 30. 5. 1949.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ HHStAW 502/3978: Der Vors. des Kuratoriums des Dt. Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus an die Ministerpräsidenten, Staatspräsidenten der Länder, an den Senatspräsidenten Brmens und den Oberbürgermeister Berlins vom 17. 6. 1949.

lastung produzieren, ist die rasche Arbeitsfähigkeit des Instituts ein Gebot der Stunde.“²⁶ Am 21.6.1949 hatte Brill bei seinem Bericht vor dem Länderrat den Einspruch verschiedener Finanzminister, die sich übergeben sahen, auszuräumen. Brill wies erneut „auf die ungeheure politische Verantwortung hin“ und erklärte, „er glaube nicht, dass es möglich sei, eine Entscheidung der Ministerpräsidenten der nachträglichen Genehmigung der Finanzminister zu unterwerfen. Er gebe zu, dass es bedauerlich sei, dass man die Finanzminister seinerzeit nicht zugezogen habe.“²⁷ Noch härter dürfte Brill ein Schreiben „seines“, des hessischen Finanzministers Werner Hilpert vom 9. 7. 1949 getroffen haben, der „schwerwiegende Bedenken“ dagegen erhob, das Institut „aus laufenden Zuweisungen der Länder zu finanzieren.“ Die meisten Länder beherbergten Institute, die sich nicht auf das jeweilige Land beschränkten, und soweit die Finanzierung dieser Institute die finanzielle Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes nicht überschreite, sei es Verpflichtung des Landes, das Institut zu finanzieren.²⁸ Letztlich können diese Argumente der Finanzminister nicht wirksam geworden sein, denn die Konferenz der Ministerpräsidenten beschloss am 5.8.1949 in Wiesbaden, „dass das Institut geschaffen werden soll und empfiehlt den Ländern den Beitritt.“²⁹

Inzwischen hatten sich die beiden renommierten Historiker Prof. Dr. Gerhard Ritter und Prof. Dr. Hans Goetz, beide Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des zu gründenden Instituts, erneut zu Wort gemeldet und moniert, dass sie bei den Planungen nicht beteiligt gewesen seien. Sie sahen im Institut „eine ausschließlich von politischen Persönlichkeiten vollzogene Gründung, bei der jede Mitwirkung wissenschaftlicher Fachvertreter ausgeschlossen war und die sich hinter verschlossenen Türen der Ministerialbürokratie bzw. der Parteibüros vollzog.“ Ritter selbst teilte mit, er würde eine Mitarbeit im Rat ablehnen, „der offensichtlich nichts weiter darstellt als eine bloße Dekoration für eine weniger wissenschaftliche als politische Institutsgründung.“³⁰

In gleicher Richtung schrieb Prof. W. Goetz an Brill, bezeichnete den derzeitigen Leiter des Instituts Dr. Kroll als „unannehmbar“ und befürchtete eine Politisierung statt einer „wirklichen Erforschung des Nationalsozialismus“.³¹ Schon „die Befragung der noch Lebenden“ erschien ihm in diesem Zusammenhang suspekt.

Die Initiatoren der Institutsgründung, besonders auch Hermann Brill, hatten wiederholt und ausdrücklich wissenschaftliche Standards als Grundlage und Voraussetzung einer gebotenen

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ HHStAW 502/3976: Der Hess. Finanzminister an Staatssekretär Brill vom 9. 7. 1949.

²⁹ HHStAW 502/3978: Büro der Ministerpräsidenten an die Staatskanzleien der Länder vom 17. 8. 1949.

³⁰ HHStAW 502/3979: Prof. Ritter an Dr. G. Kroll am 30. 6. 1949.

³¹ HHStAW 502/3976: Prof. Goetz, Historische Kommission der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, an Staatssekretär Brill vom 14. 8. 1949.

Information und Bildung über die Nazizeit als unverzichtbar herausgestellt.³² Wissenschaft hatte dann allerdings aus dem „Elfenbeinturm“ herauszutreten und zur allgemeinen politisch-historischen Bildung etwas beizutragen. Brill, Kroll, Ehard u.a. drängten aus moralischem Motiv und aus der Notwendigkeit, Demokratie und Rechtsstaat wiederherzustellen bzw. neu zu verankern, auf gegenwärtig wirksame Volksbildung über die NS-Zeit – dies freilich auf wissenschaftlicher Grundlage. Von daher war ihnen das Kriterium für die Auswahl der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates, dass diese nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Politiker und Publizisten hoch qualifiziert sein sollten, so wichtig. Diese drei Kriterien erfüllten z.B. Ludwig Bergsträßer, Theodor Heuß, Eugen Kogon und Anna Siemsen in hervorragendem Maße. An der glänzenden Antwort Krolls auf Ritters und Goetzens Vorhaltungen werden die konzeptionellen Grundlinien des Instituts deutlich: „Die hier geforderte Trennung von Politik und Wissenschaft hat sich bereits in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg für die Entwicklung des deutschen Geistes vernichtend ausgewirkt. Ihre Wiederholung als wissenschaftliches Postulat für die Erforschung des Nationalsozialismus zu fordern, heißt im Grunde bekennen, dass man dem gesamten heutigen Zeitgeschehen innerlich völlig fremd gegenüber steht. Nur wenn neben den wissenschaftlichen Konsequenzen, die die Erforschung des Nationalsozialismus haben wird, auch an die politische Erziehung des deutschen Volkes gedacht wird, wenn insbesondere die vorzunehmenden Publikationen nicht ausschließlich den Charakter akademischer Berichte, sondern auch den Charakter politischer Lehr- und Bildungsschriften tragen, hat die Arbeit des Instituts einen Sinn.“³³ Auch folgender nahezu klassischer Satz findet sich in dieser Erwiderung: „Der Komplex des Nationalsozialismus ist ein so umfassender, ein alle Fachgebiete umgreifender, dass unmöglich ausschließlich Fachhistoriker mit dieser Aufgabe betraut werden können.“³⁴

³² „[...] Auf die wissenschaftliche Qualität der Männer, die diese Arbeit leisten sollen [sei] der größte Wert zu legen. Es dürfe keine im parteipolitischen Sinn orientierte propagandistische Stelle geschaffen werden.“ (Hermann Brill auf der Vorbesprechung der 2. Kuratoriumssitzung am 16. 10. 1947 (HHStAW 502/3977). - „Es dürfe nichts herausgehen [aus dem Institut], das an das Goebbels'sche Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda erinnere“ (Hermann Brill. HHStAW 502/3977: Protokoll über die 4. Sitzung des Kuratoriums des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik am 30. 5. 1949).

³³ HHStAW 502/3978: Stellungnahme des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu einer Denkschrift von Geheimrat Professor W. Goetz. Von Dr. Gerhard Kroll, 20. 9. 1949.

³⁴ HHStAW 502/3978: Stellungnahme des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu einer Denkschrift von Geheimrat Professor W. Goetz. Von Dr. Gerhard Kroll, 20. 9. 1949. - „Zu einer wirklichen Erfassung dieses Phänomens [gemeint ist: der Nationalsozialismus] sind neue Mittel unerlässlich. Man muss sie gewahren, heranholen und verwenden, wo immer sie sich bieten. Die Methode zu einer solchen Untersuchung kann noch nicht bestehen. Die Strenge der Fachdisziplinen erweist sich hier als Aberglaube. Was ihnen ent-schlüpft, ist eben das, worauf es ankommt. Eine unzerteilte Anschauung des Phänomens selbst ist oberste Voraussetzung. Jede Arroganz des Begriffs, wo immer sonst er sich bewährt haben mag, ist schädlich.“ – so formulierte es später Elias Canetti.(Canetti, Elias: Hitler, nach Speer. In: Ders.: Das Gewissen der Worte. Essays. Frankfurt a.M. 1981, S. 176.)

Hinsichtlich der Empfehlung der Ministerpräsidenten war bis zum gesetzten Termin, dem 20. September 1949, von keiner einzigen Landesregierung (auch nicht von der hessischen!) eine Ratifikationserklärung gemäß dem Beschluss vom 5.8.1949 abgegeben worden. Auf der Ebene einer Verständigung der Länder war die Initiative gescheitert. Brill sah nun offensichtlich „Kräfte“ am Werk, die offensichtlich aus politischen Motiven das Institut untergraben wollen“. Demgegenüber gelte es, „die ursprüngliche Idee, wie sie durch Beschlüsse des hessischen Kabinetts im Frühjahr und Sommer 1947 formuliert worden ist, durchzusetzen.“³⁵.

Brill und Kroll wandten sich nun an den Bund. Theodor Heuß, inzwischen zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gewählt, war die Thematik vertraut, da er selbst dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts angehört hat. Und Innenminister Gustav Heinemann, „einer Anregung des Herrn Bundespräsidenten folgend“, nahm sich der Sache an, wandte sich an die Länder und bat diese, bis zu einer abschließenden Lösung „das Institut einstweilen sicher zu stellen.“³⁶ Brill, nun Abgeordneter des Deutschen Bundestags, richtete noch einen , (womöglich in dieser Sache letzten?³⁷) Brief an den Hessischen Ministerpräsidenten Stock, in dem er unmissverständlich deutlich und nicht frei von Zorn und Leidenschaft noch einmal die politische Bedeutung des Instituts darlegte. Die von Stock vorgeschlagenen Maßnahmen seien „sicherlich für eine büromäßige Erledigung der Angelegenheit nützlich. Sie verkennen aber nach meinem Dafürhalten die politischen Probleme, die mit dem Institut verbunden sind.“ Den Beschluss der Ministerpräsidenten (auf Institutsgründung) „mit der Berufung an die Finanzminister zu vereiteln“, wolle er nicht näher beurteilen. Er sah jedoch darin „nur einen Punkt in einer Linie, die Anfang dieses Jahres begonnen hat“. Mit den Königsteiner Beschlüssen (s.o.) „haben es diese Herren als einen Akt der Staatsweisheit betrachtet, mit einem Betrage von 20 Mill. DM auch die unwichtigsten kriegswirtschaftlichen Institute der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am Leben zu erhalten.“ Dem Generalsekretär der Max Planck-Gesellschaft, dem ehemaligen Karrieristen Ernst Telschow, habe man einen Dispositionsfond von 1,9 Mill. DM zugesprochen.³⁸ „Gleichzeitig aber beschlossen sie, die Finanzierung des

³⁵ HHStAW 502/3978: Dr. jur Hermann L. Brill, Staatssekretär a.D. – Brill war kurz zuvor von seinem Amt zurückgetreten; er war Mitglied des ersten Deutschen Bundestages geworden – an die Ministerpräsidenten vom 8. 10.1949.

³⁶ HHStAW 502/3978: Der Bundesminister des Innern an den Hessischen Ministerpräsidenten vom 30.9.1949.

³⁷ Mit diesem Brief endet die in den Akten im HHStAW enthaltene Korrespondenz.

³⁸ „Der Aufschwung der KWG war aufs Engste verknüpft mit der Person von Ernst Telschow, einem Chemiker und Schüler Otto Hahns. Er betrieb als Generalsekretär ab 1937 eine auf politische Integration abzielende Öffentlichkeitsarbeit und baute ein Netzwerk zwischen der Generalverwaltung und hohen NS-Vertretern auf, wobei er die informelle Struktur der NS-Politik geschickt nutzte. Telschow, der politischen Opportunismus mit begnadetem Wissenschaftsmanagement vereinte, übte das hohe Amt übrigens bis 1960 aus. Telschow steht damit auch für jene personelle Kontinuität der MPG nach 1945, die an einer Vergangenheitsaufarbeitung nicht interessiert war und diese bis zum Generationenwechsel in jüngster Zeit erfolgreich verhindert hatte.“

Schwartz, Claudia: Schweres Erbe im "deutschen Oxford" Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. In: Aufbau vom 15.1.2004:

deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus ‚dem Stammsitzlande Bayern‘ zu überlassen.“ Brill kritisierte den ersten deutschen Historikertag, der vom 12.-15. September 1949 in München stattfand, und kein Wort zum Institut oder zu „Problemen der historischen Forschung in unserer Zeit“ herausbrachte. Deutlich tritt das politische Bildungsmotiv hervor, wenn er gegen Ende des Briefes darauf aufmerksam machte, dass die gegenwärtige deutsche Zeitschriftenliteratur „in reißerischen und bebilderten Artikeln, die fast alle sexuelle Sensationen enthalten, das öffentliche Bewusstsein irreführt. [...] Hitler, Goebbels, Udet usw. erscheinen in diesen Zeitschriften wie Figuren aus Schichtl’s Marionettentheater.“. Abschließend ersucht er den Hessischen Ministerpräsidenten um sein Einverständnis, „ dass ich mit dem Herrn Bundesminister des Innern, Heinemann, und dem Bayrischen Kultusministerium die ganze Sache unter dem Gesichtspunkte der Beteiligung der Bundesregierung neu aufgreife.“³⁹ Es war gewiss nicht allein Brills Verdienst, dass im September 1950 das Institut für Zeitgeschichte unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesministers des Innern, Dr. Gustav Heinemanns, gegründet wurde⁴⁰ – aber Wege dorthin hatte er zielstrebig und aus tiefer persönlicher Überzeugung geebnet.

³⁹ HHStAW 502/3978:Dr. Brill, Abg. An den Hessischen Ministerpräsidenten vom 4. 11.1945. – Auf fünf eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten legte Brill in diesem Brief seine gesamte Kritik nieder – ein Schlüsseldokument, auf das hier nur knapp eingegangen werden kann.

⁴⁰ Wie meist beim Gelingen eines bedeutenden Werkes waren mehrere beteiligt. Winfried Schulze (a.a.O., S. 236) verweist z.B. auf die in diesem Zusammenhang „kaum zu überschätzende[n]“ Aktivitäten des im Innenministerium im Jahr 1950 für den Vorgang verantwortlichen Staatssekretärs a.D. Dr. Erich Wende.